

Sebastian

Von Taschenspielertricks und Skandalen

Zwischen 2010 und 2012 wurden die Mittel für die Eingliederung von Langzeitarbeitslosen von der schwarz-gelben Regierung um rund 50 Prozent von sechs auf drei Milliarden Euro gekürzt. Viele hatten sich von der neuen schwarz-roten Bundesregierung eine Kehrtwendung in der Hilfe für die Menschen am Rand der Gesellschaft erhofft – vergeblich. In einem offenen Brief an Bundesarbeitsministerin Andrea Nahles beklagte die Bundestagsabgeordnete, Beate Müller-Gemmeke, vor kurzem deshalb seit 2012 eine weitere Kürzung der Eingliederungshilfen um zehn Prozent. Damit nicht genug, der Verwaltungshaushalt wurde nach den Worten der Grünen-Politikerin zusätzlich um 1,5 Prozent zurückgestrichen.

Der Witz an der Sache – was aber alles andere als lustig ist: Um die stetig steigenden Personal- und Mietkosten aufzufangen, müssen die Jobcenter aufgrund der Unterfinanzierung zwangsläufig immer wieder in den Topf jener Gelder greifen, die eigentlich den Langzeitarbeitslosen zukommen sollten. Die Verwaltung der Arbeitslosigkeit wird also immer teurer, was wiederum zulasten der Arbeitslosen geht. Allerdings kommt es noch viel besser, wie Manfred König von ProLabore und Wolfgang Schreiber von der Neuen Arbeit erläutern: »Die Netto-Gehälter sind in Deutschland seit den 90er Jahren ja nicht mehr gestiegen«, sagt Schreiber. »Dafür wurde das gesamte Arbeitsvolumen reduziert und auf mehr Schultern verteilt«, so König. Teilzeit, Leiharbeit, geringfügige Beschäftigungen lauten da die Stichwörter.

Profitiert haben davon einzig die Unternehmen und Betriebe, weil sie damit Kosten einsparen. »Die heutigen Arbeitslosenzahlen sind der pure Witz«, betont Schreiber. Als »Taschenspielertricks« bezeichnet er das Vorgehen der Regierungspolitik, »die lügen sich selbst in die Tasche«. Wer nämlich einen 400-Euro-Job hat, der taucht in der Arbeitslosenstatistik nicht auf. Leben können diejenigen von den 400 Euro aber natürlich auch nicht. Genauso wenig wie die zahlreichen Unterbezahlten, die oftmals trotz eines oder gleich mehrerer Jobs Aufstockungsgelder vom Staat beziehen müssen. Ausbeutung hieß das früher mal. Moderne Sklaverei könnte man auch dazu sagen. »Und genau dieses Modell soll von Deutschland in die anderen europäischen Staaten getragen werden«, schüttelt Wolfgang Schreiber verständnislos den Kopf.

Dabei ist mit diesem Modell die Altersarmut vorprogrammiert. Und die Langzeitarbeitslosen? Die Zahl liegt nach den Worten von Müller-Gemmeke seit Jahren konstant bei mehr als 400 000. Nach der Mittelkürzung für geeignete, längerfristige Maßnahmen, um die Menschen wieder in Arbeit zu bringen – und damit auch wieder in die Gesellschaft zu integrieren – ging es auch den Sozialen Beschäftigungsträgern massiv an den Kragen, wie Schreiber und König berichten: Die Neue Arbeit musste 25 von 50 hauptamtlichen Mitarbeitern kündigen, die Standorte Plochingen, Tuttlingen und Albstadt wurden ganz geschlossen. ProLabore fuhr den Stamm der Hauptamtlichen von 16 auf 13 zurück.

Allerdings musste König die Plätze für »Arbeitsgelegenheiten« von 50 auf 20 zurückfahren – weil sie nicht mehr finanziert werden. »Für Langzeitarbeitslose wird gar nichts mehr oder viel zu wenig getan«, so Manfred Königs Fazit. Damit sei die Existenz der Sozialen Beschäftigungsträger massiv bedroht. »In anderen Landkreisen haben schon einige Insolvenz anmelden müssen«, sagt Schreiber.

Das sieht auch Beate Müller-Gemmeke so: »Realität ist, dass gerade diese gemeinnützigen Beschäftigungsträger mit ernsthaften Finanzierungsproblemen und Zukunftssorgen kämpfen«, schrieb sie weiter in ihrem Brief. »Die Leidtragenden sind und bleiben vor allem die Langzeitarbeitslosen«, so die Grünen-Politikerin. Das ist ein Skandal, weil die Bundesregierung damit ganz bewusst eine Bevölkerungsgruppe abgeschrieben hat.